



Aufruf: Kommt nach Berlin am 2. Oktober - Weg mit Hartz IV und Agenda 2010!

*Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze sind massiver Lohn- und Sozialabbau für Millionen.
Aber für die Verbände des Kapitals sind es nur kleine Schritte in seine (ihre) Richtung.
Weitere Schritte werden folgen.*

Langfristige Ziele des Kapitals sind u.a.

- **die völlige Abschaffung jeder Unterstützung für Langzeitarbeitslose (Modell USA)**

Auf dem Weg dahin hat die Bundesregierung mit Hartz IV die Arbeitslosenhilfe beseitigt und die Sozialhilfe (in Form von ALG II) unter das bisherige Niveau gesenkt.

Die Arbeitgeberverbände verlangen aber jetzt schon die Absenkung von ALG II um mindestens 25%.

Je niedriger die Unterstützung für Arbeitslose ist, desto eher nehmen KollegInnen in den Betrieben massive Lohnsenkungen hin, um nicht arbeitslos zu werden, desto eher sind Arbeitslose bereit, auch für niedrige Löhne zu arbeiten, um nicht arbeitslos zu bleiben.

- **die völlige Abschaffung der Sozialversicherung**

Für Krankheitskosten, Renten und Arbeitslosenunterstützung fühlen sich die Vertreter des Kapitals nicht zuständig. Sie wollen die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung abschaffen. Private Versicherung ist das Ziel. Auf dem Weg dahin heißt ihre Parole: „Senkung der Lohnnebenkosten“. Immer mehr Leistungen der Sozialversicherung sollen direkt aus den Löhnen bezahlt werden, die das Kapital aber andererseits für zu hoch hält.

- **die weitgehende Senkung bzw. Abschaffung der Steuern auf Gewinne**

Auf dem Weg dahin senkt die Bundesregierung den Körperschaftsteuersatz, den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer, die Sätze für Kapitalertragssteuern und denkt über die Abschaffung der Gewerbesteuer nach usw..

Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze haben nur Profitsteigerung zum Ziel.

Milliarden um Milliarden Euro werden von den Eigentümern des Kapitals in Überkapazitäten, Fehlspekulationen, Korruption, Raffgier und Überproduktionskrisen verbrannt. Um ihre Renditen im weltweiten Konkurrenzkampf zu sanieren, wollen sie die Einkommen von Arbeitenden und nicht-Arbeitenden mit Hilfe ihrer Regierungen möglichst weit drücken.

Deshalb rufen wir auf

Kommt am 2. Oktober nach Berlin, um dort gemeinsam gegen Hartz IV und Agenda 2010 zu demonstrieren! (13:00 Uhr. Alexanderplatz)

Beteiligt Euch zahlreich an den Montagsdemonstrationen, damit der Druck von der Straße nicht nachlässt!

Organisiert Aktionen in den Betrieben bis hin zum Streik! Arbeitslose und LohnarbeiterInnen sind gleichermaßen von Sozialabbau und Lohndumping betroffen.

Da hilft kein Appell an die soziale Verantwortung der Unternehmern, fühlen sie sich doch nur für Prozentsätze ihrer Renditen verantwortlich und für sonst gar nichts.

Da hilft kein Bitten um „soziale Gerechtigkeit“, wo es doch das Kapital als „ungerecht“ darstellt, Arbeitslose, Kranke und Rentner versorgen zu müssen, die nur seine Profite schmälern.

Lohndumping mit Hartz IV wird von den Regierungsparteien als Verwirklichung der „sozialen Gerechtigkeit“ hingestellt. Wir sollten nicht die weltanschaulichen Propagandabegriffe derjenigen übernehmen, die den Sozial- und Lohnabbau organisieren oder wie Kirchen- und Gewerkschaftsführungen mehr oder weniger tolerieren bzw. mit umsetzen.

Was wäre wenn die Vermögenssteuer wiedereingeführt würde? Was wäre wenn die Zumutbarkeit von untertariflichen Löhnen wieder abgeschafft würde? Wäre dann „Gerechtigkeit“ verwirklicht? **Nein!**

Die Kluft zwischen den Milliarden des Kapitals und dem Lebensniveau der Mehrheit würde trotzdem immer größer.

Wir müssen uns verteidigen, wenn wir nicht untergehen wollen.

- Wir brauchen Löhne, die zum Leben reichen (mindestens 10 € brutto die Stunde),
- wir brauchen ein ausreichendes Grundeinkommen ohne Bedürftigkeitsprüfung für alle, die das Kapital nicht mehr für seine Profitzwecke braucht.
- Wir brauchen eine massive Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Wir brauchen die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!

Nicht Arbeitslose und LohnarbeiterInnen stehen auf dem Prüfstand, sondern das Kapital selbst, das unsere Existenzbedingungen mit wachsender Produktivität und wachsendem Reichtum immer mehr untergräbt.

Hier steht Interesse gegen Interesse und nicht eine Auslegung eines angeblich gemeinsamen Wertes, den man „Gerechtigkeit“ nennt, gegen eine andere Auslegung.

Rhein-Main Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne

c/o Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG SHI), Moselstr. 25, 60329 Frankfurt am Main

Fon: 0 69 - 27 22 08 -96, Fax -97; E-Mail: info@rhein-main-buendnis.de; <http://www.rhein-main-buendnis.de>

Treffen jeweils am: 1. und 3. Mi. im Monat, 19.30 Uhr, in den Räumen der DIDIF, Leipziger Str. 69 (Hinterhof), Frankfurt

V.i.S.d.P.: Frank Jäger, c/o BAG-SHI, Moselstr. 25, 60329 FFM, email: jaeger@bag-shi.de